

Den Aufschwung der Weltwirtschaft beibehalten



Von [Christine Lagarde](#)

14. März 2017

Der Kurort Baden-Baden, dessen Thermalquellen bereits im Altertum genutzt wurden, ist eine passende Adresse, um wie diese Woche beim Treffen der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der [G20](#) den Zustand der Weltwirtschaft zu erörtern.

Unter den Politikern wird sich vermutlich zunehmend ein Gefühl von Optimismus ausbreiten, legt die jüngste Erstarkung der Wirtschaftstätigkeit doch nahe, dass die Weltwirtschaft vendlich ihren mehrjährigen Genesungsprozess überwunden hat.

Volkswirtschaftliche Rezepte spielten bei der Gesundung eine wichtige Rolle und werden dies auch noch einige Zeit tun. Unterstützung durch makroökonomische Politikmaßnahmen ist notwendig, wenn der positive Wachstumsschwung bewahrt werden soll. Und die Teilnehmer des Treffens müssen einzeln und gemeinsam aktiv werden, um das Wachstum inklusiver und widerstandsfähiger zu gestalten.

Haben wir einen Wendepunkt erreicht? Kurz gesagt: ja – zumindest vorläufig. Die Wachstumsergebnisse in der zweiten Hälfte des Vorjahres waren allgemein solide. Fertigungs- und Zuversichtsindikatoren weisen nah oben, und es gibt Anzeichen, dass das globale Handelsvolumen im Zuge dessen ebenfalls ansteigt.

Deshalb projizierte der IWF im Januar einen Anstieg der Wachstumszahlen für dieses und nächstes Jahr auf 3,4 Prozent und 3,6 Prozent – gegenüber 3,1 Prozent in 2016.

- Der verbesserte Ausblick reflektiert teilweise den prognostizierten Anstieg der Wirtschaftstätigkeit in fortgeschrittenen Nationen – unterstützt durch Erwartungen einer expansiven Fiskalpolitik in den USA.
- Sehr ermutigend finden wir die unerwartet starke Wirtschaftstätigkeit im Euroraum, im Vereinigten Königreich und in Japan.
- Schwellen- wie Entwicklungsländer – allen voran China und Indien – tragen wie bisher auch in 2017 mehr als drei Viertel zum gesamten globalen BIP-Wachstum bei. Hinzu

Wendepunkt?

Die Fertigung weltweit legte seit dem letzten Sommer zu, auch Liefertätigkeit und Handel verzeichneten einen Zuwachs.



Quellen: Haver Analytics und RWI Economic Research Institute.
 Hinweis: Der Index basiert auf Daten von 81 Weltcontainerhäfen, auf die ca. 60 % des weltweiten Containerverkehrs entfällt. Die Zahl für Dezember ist eine Schnellschätzung.

kommt die voraussichtliche Normalisierung der Lage in Brasilien und Russland, die mit einer tiefen Rezession zu kämpfen hatten.

Die Lage der Weltwirtschaft bessert sich also. Aber es wäre ein Fehler anzunehmen, dass sie ganz von allein vor Gesundheit strotzen wird.

In der Tat waren politische Entscheidungen nur selten wichtiger für die Zukunft als jetzt, vor allem, weil der Ausblick immer noch mit beträchtlichen Risiken behaftet ist.

Den Aufschwung beibehalten

In einigen entwickelten Volkswirtschaften ist zum Beispiel die Nachfrage noch schwach und die Inflation nicht dauerhaft an ihrem Zielwert angekommen. Damit sind weiterhin geldpolitische und—in Ländern, deren Haushalte den nötigen Spielraum dafür haben—eine stärkere Betonung der Fiskalpolitik notwendig. Diese Schritte sollten im Verbund mit Strukturreformen ausgeführt werden, um die Produktivität zu steigern und langfristiges Wachstum zu fördern.

Fehlende Nachfrage ist ein geringeres Problem in den USA, wo das Wachstum mehr von Bestrebungen zur Ausweitung des Angebots profitieren würde – zum Beispiel Investitionen zur Aufbesserung der Infrastruktur, eine effizienzfördernde Reform der Körperschaftssteuer und Verbesserungen im Bildungswesen.

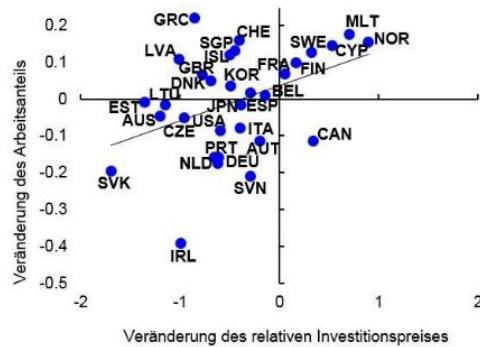
Stärkeres Wachstum in den USA wäre sicher gut für die Weltwirtschaft, aber ein neuer Politikmix in den USA könnte auch Nebenwirkungen auf andere, sogenannte Spillovereffekte hervorrufen. Zum Beispiel könnten – je nach Form des Politikmix in den USA – ein stärkerer Dollar und steigende Zinsen in den USA zu einer unerwartet starken Straffung der globalen Finanzierungsbedingungen führen. Stress in manchen aufstrebenden Volkswirtschaften und Niedrigeinkommensländern wäre die Folge.

Zur Stützung des aktuellen Wachstumsschwungs würde auch eine erfolgreiche Umstellung auf langsameres, aber ausgeglicheneres Wachstum in China beitragen, ebenso weitere Politikmaßnahmen aufseiten der Rohstoffexporteure, die sich langsam an die niedrigeren Rohstoffpreise anpassen.

Vor allem aber sollten wir alle vermeiden, uns selber zu schaden. Dazu müssen wir politischen Maßnahmen aus dem Weg gehen, die Handel, Migration, Kapitalflüsse und das grenzüberschreitende Teilen von Technologien ernsthaft untergraben würden. Derartige Maßnahmen schaden der Produktivität, den Einkommen und dem Lebensstandard *aller* Bürger.

Ein kleineres Stück vom Kuchen für Arbeiter

In fortgeschrittenen Volkswirtschaften scheint der technische Fortschritt mit sinkenden Anteilen am Arbeitseinkommen verknüpft zu sein.



Globale Integration der Wirtschaft

Handel und technologische Innovationen sorgten für einen grösseren volkswirtschaftlichen Kuchen, verbesserten den Lebensstandard und halfen vielen Hundert Millionen Menschen aus der Armut. Allerdings könnte noch mehr getan werden, um die unerwünschten Nebenwirkungen abzumildern, die in einigen Ländern aufgetreten sind, wie etwa die Zunahme des Einkommengefälles, der Verlust von Arbeitsplätzen in rückläufigen Sektoren sowie anhaltende wirtschaftliche und soziale Probleme in strukturschwächeren Regionen.

Wie kann dies erreicht werden? Es ist keine leichte Aufgabe, aber man kann zunächst einmal das Wachstum ankurbeln und den daraus erzielten Nutzen breiter verteilen.

Ein entscheidender erster Schritt besteht darin, mit *inklusivem* Wachstum Ernst zu machen. Wir haben das komplexe Netzwerk aus wirtschaftlichen Herausforderungen, die sich verschiedenen Kulturen, Regionen und demografische Gruppen stellen, noch nicht voll verstanden. Aber wir wissen, dass besser ausgebildete Arbeitnehmer mit weitaus größerer Wahrscheinlichkeit von Innovation und einer offenen Wirtschaft profitieren.

Deshalb sind grössere Anstrengungen vonnöten, schlecht ausgebildete Arbeitnehmer mit den Mitteln auszustatten, die sie für besser bezahlte Stellen brauchen, wie gezielte Ausbildungsprogramme, Fachausbildung und Beschäftigungsanreize.

- Diese aktiven Arbeitsmarktpolitiken können die Umstellung der Arbeitnehmer auf eine neue Beschäftigung erleichtern. Die Finanzierung dieser Politik unterscheidet sich von Land zu Land ganz erheblich. Dänemark zum Beispiel gibt 1,9 Prozent des BIP für diese Politik aus, während es in den USA nur 0,1 Prozent sind.
- Natürlich reicht es nicht, einfach nur *mehr* Geld auszugeben; es muss auch *wirtschaftlicher* eingesetzt werden. Manche Initiativen haben sich als kostengünstig erwiesen – wie eine gut konzipierte Hilfe bei der Arbeitssuche und die Vermittlung passender Stellen.

Generell müssen *alle* Länder lebenslanges Lernen aktiv fördern, um ihre Bürger auf technische Veränderungen vorzubereiten. Singapur bietet zum Beispiel auflagenfreie Zuschüsse für die berufliche Weiterbildung aller Erwachsenen im Arbeitsleben.

Eine weitere Priorität für inklusives Wachstum ist die Neugestaltung von Einkommenspolitik und Steuersystemen.

- Steuerliche Beschäftigungsanreize und höhere Mindestlöhne können in einigen Ländern hilfreich sein; ebenso Änderungen an Steuer- und Sozialleistungssystemen, wie etwa eine progressivere Besteuerung von Einkommen.
- Untersuchungen des IWF zeigen, dass die Vermeidung übermäßiger Ungleichheit zur Förderung des Wachstums beiträgt und nicht behindert. Wir wissen auch, dass politische Kompromisse minimiert werden können: So würden zum Beispiel die meisten Länder von Reformen profitieren, die ihre Steuersysteme gerechter *und* wirtschaftlicher machen.

Kurz gesagt, wir haben die Kapazität – und die Verantwortung – um für einen grösseren Wirtschaftskuchen dessen gerechtere Aufteilung zu sorgen.

Mehr denn je bietet wirksame internationale Kooperation enormen Spielraum um die Vorteile heimischer Politikmaßnahmen maximieren, wenn wir:

- Bemühungen zum Abbau globaler externer Ungleichgewichte und zum Abschluss von Reformen zur Stärkung der Finanzsysteme intensivieren;
- Handel als Motor für allgemein geteiltes Wachstum schützen und stärken; und
- gemeinsam an der Lösung der dringendsten Probleme unserer Zeit arbeiten – von globaler Sicherheit über Gesundheit bis zum Umgang mit Naturkatastrophen und Klimawandel.

Die Politiker der G20 können das Rad an all diesen Problemen ein Stück weiterbewegen. Nachdem die Weltwirtschaft jahrelang in einem schwachen Genesungsprozess steckte, ist jetzt die Zeit gekommen, weiter voran zu schreiten, sich in Form zu bringen und mehr Wohlstand für alle zu erzeugen. Gibt es einen besseren Ort als Baden-Baden für führende Politiker, um ihr Versprechen zur Herbeiführung einer robusten Weltwirtschaft zu erneuern?

Christine Lagarde ist die Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds. Nach ihrer ersten Amtszeit von fünf Jahren wurde sie im Juli 2016 für eine zweiten Amtszeit bestätigt. Die französische Staatsbürgerin war von Juni 2007 bis Juli 2011 Finanzministerin in Frankreich und zwei Jahre lang französische Staatsministerin für Außenhandel.

Frau Lagarde kann zudem auf eine lange und beachtliche Karriere als Anwältin für Kartell- und Arbeitsrecht zurückblicken und war Partner der internationalen Kanzlei Baker & McKenzie, zu deren Vorsitzender sie im Oktober 1999 gewählt wurde. Diese Spitzenposition in der Kanzlei hielt sie bis Juni 2005, als sie zu ihrem ersten Ministerposten in Frankreich berufen wurde. Frau Lagarde besitzt Studienabschlüsse des Institut d'Etudes Politiques (IEP) und der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Université Paris X, wo sie vor ihrem Einstieg bei Baker & McKenzie 1981 auch einen Lehrauftrag innehatte.

Ausführlichere Angaben zum Lebenslauf finden Sie [hier](#).